



Nr. 82.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigebrett: Die kleinste Seite 40 Hfa. Restamen 1.60 M. — Schluss der Anzeigenaufnahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag, den 9. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn M. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 8.10 ohne Postgelde.

### Die französische Rechtfertigung.

Der Gewaltakt, den die Franzosen mit ihrem Einmarsch in Deutschland und der Besetzung der Städte im Rhein-Main-Gebiet begangen haben, hat in Deutschland die äußerste Erregung hervorgerufen. Frankreich sucht nun sein eigenmächtiges Vorgehen, das angeblich mit der Zustimmung seiner Verbündeten erfolgt sei, in einer längeren Note zu rechtfertigen, die der französische Ministerpräsident Millerand dem deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, überreichen ließ. Wir geben die Note in folgendem wieder, so wie sie von der Sabas-Agentur verbreitet wird:

Vor der Besetzung von Frankfurt, Darmstadt usw. hat die französische Regierung pflichtgemäß ihre Alliierten benachrichtigt und ihre Meinungen eingeholt. Seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags hat sie zu wiederholtenmalen den Willen bekundet, mit ihren Alliierten ein enges Einvernehmen aufrecht zu erhalten, in dem sie manchmal ihren Standpunkt demjenigen ihrer Alliierten unterordnete. Sie war an dem Tage gewarnt, zu handeln, an dem sie sich nicht nur einer Verletzung der allgemeinen Klauseln des Vertrages gegenüber gestellt sah, die alle Alliierten angeht und die für sie durch die dadurch hervorgerufene Lage besonders fühlbar ist, sondern an dem auch das Wort gesprochen wurde, das ihr die deutsche Regierung in den von ihr eingegangenen Verpflichtungen gegeben hatte. Am 25. März erklärte der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer, es sei zu hoffen, daß die für den Beginn der dringenden Wiedergutmachungen notwendigen Beschlüsse nicht zu lange auf sich warten ließen. — Am 20. März erklärte Hr. Göttert der französischen Regierung, seine Regierung habe die Möglichkeit der Entsendung von Einsatzgruppen in das Ruhrgebiet ohne vorhergehende Ermächtigung durch die französische Regierung keinesfalls in Aussicht genommen. — Am 2. April bestätigte Hr. Millerand dem deutschen Geschäftsträger in Paris die Erklärung, die er ihm am 28. März gegeben hatte, die französische Regierung könne die Ermächtigung nur geben, wenn die französischen Truppen ermächtigt würden, gleichzeitig die Städte Frankfurt, Darmstadt usw. zu besetzen. Am 3. April abends gab Hr. Göttert zu, daß Reichswehrtruppen, die die durch den Beschluß vom 9. August 1919 festgesetzte Südgrenze überschritten, in das Ruhrgebiet eingebracht seien, und verlangte gleichzeitig im Namen der deutschen Regierung, daß die zu diesem Zweck notwendige formelle Genehmigung nachträglich der deutschen Regierung gegeben werde. — Am gleichen Tage teilte Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt v. Hantel in Berlin dem Stellvertreter des Generals Nollet, dem General Darleheny, mit, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar Sebering volle Handlungsfreiheit über die im Ruhrgebiet konzentrierten Truppen gegeben und nehme die Verantwortung für deren Tätigkeit in der neutralen Zone auf sich.

Die französische Regierung setzte unverzüglich ihre Alliierten von dieser Nachricht in Kenntnis. — Indem die französische Regierung ihren Alliierten anzeigte, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Art. 44 des Friedensvertrags verletze, dessen Verletzung den casus belli (Kriegsfall) bedeutet, sprach sie die Hoffnung aus, daß die anderen Regierungen gleich wie sie die Notwendigkeit eines unverzüglichen Einschreitens erkennen und der französischen Regierung wirksame Mithilfe leisten werden in der Ausführung militärischer Maßnahmen, die jetzt weder umgangen, noch aufgeschoben werden können. Es war dies übrigens nicht das erstmal, daß die französische Regierung ihren Alliierten diese Notwendigkeit darlegte. — Am 23. März hatte Frankreich auf der Londoner Konferenz den Vorschlag gemacht, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen. Die Konferenz brühte aber am 25. März ihre Ansicht dahin aus, daß der Zeitpunkt unpassend sei. — Die deutsche Regierung wandte sich direkt an die französische Regierung, um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich zur Verletzung des Vertrages herzugeben, da alle ihre Erkundigungen mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einmütig die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unnötig und gefährlich betrachteten. Andererseits wiesen einzelne Vorkommnisse darauf hin, daß die Initiative zu dieser Operation der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden müsse. Es ist die Militärregierung von Saap, die sie ergriffen hatte, und es ist die Militärpartei, die trotz der starken Einwände, die selbst im Schoße der deutschen Regierung gegen die vorgesehene Intervention erhoben wurden, darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Frankreich sah sich somit einer Maßnahme gegenüber, die nach übereinstimmender Ansicht der Alliierten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen durfte, die keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war und für die die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie

nie ohne Ermächtigung auszuführen. Diese Maßnahme war durch den Umstand besonders schwer zu nehmen, daß die Alliierten trotz ihrer beständigen Bemühungen die Ausführung der Klauseln bezüglich der Abrüstung Deutschlands noch nicht erreichen konnten. Die französische Regierung handelte somit gleichzeitig im allgemeinen und im Interesse Frankreichs. Es ist übrigens nicht notwendig, in Erinnerung zu rufen, daß sie entschlossen ist, die besetzten Städte von ihren Truppen zu befreien, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Die Haltung der französischen Regierung ist durch das Vorgehen der deutschen Regierung gerechtfertigt.

Die französische Regierung wird übrigens ihre Anordnungen in Bezug auf Deutschland, mit dem sie auf Grund wirtschaftlicher Zusammenhangarbeit in Handelsbeziehungen eintreten will, von denen die Situation Europas nur gewinnen kann, nicht ändern. Am 26. März sprach sich der französische Ministerpräsident in diesem Sinne im Parlament aus. Am 29. März bestätigte Hr. Millerand Hr. Mayer seine Absicht, eine Neuverhandlung mit Deutschland auf dem Boden wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zu beginnen. Als die französische Regierung am 4. April ihren Vertretern im Auslande die Beschlüsse mitteilte, die sie gefaßt hatte, hat sie sie wissen zu lassen, daß, wenn sie diese Haltung eingenommen, sie keinem feindlichen Gedanken Deutschland gegenüber gehorcht. Sie fügte bei, daß jede Anregung, die in diesem Sinne unternommen würde, bei ihr den günstigsten Empfang finden würde, und machte die Mitteilung, daß unter gewissen Umständen die Initiative hierzu von Frankreich ausgehen könnte.

### Die fremde Militärherrschaft.

#### Die Zwischenfälle in Frankfurt a. M.

(W.B.) Frankfurt a. M., 8. April. Ueber die Vorgänge in Frankfurt wird mitgeteilt: Um die französische Wache, die in der Hauptwache aufgestellt war, hatten sich zahlreiche Zuschauer gestellt. Als gestern Mittag die Wache aufgelöst wurde, wurde den Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. Es wurden sechs Personen getötet, 35 verwundet. Französische Soldaten wurden im weiteren Verlaufe mißhandelt, aber nicht getötet. Eine Untersuchung ist von französischer und deutscher Seite eingeleitet worden. Heute früh wurde am Hauptbahnhof eine Frau durch den Fuß geschossen und später ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Absperrungslinie überschritten hatte, die die Franzosen um die am Hauptbahnhof aufgestellten Tanks gezogen haben. Heute nacht ist ein großer Truppentransport in Stärke von einer Division neu in Frankfurt eingetroffen.

#### Die französische Darstellung der Schießerei in Frankfurt.

(W.B.) Frankfurt a. M., 8. April. Nach einer von französischer Seite gegebenen Darstellung spielte sich der gestrige behauerliche Vorfall an der Hauptwache, bei dem 6 Personen getötet und 35 verwundet wurden, folgendermaßen ab: An die in der Hauptwache stationierte Abteilung arabischer Truppen mit einer Maschinengewehrabteilung, die französische Bedienungsmannschaft hatte, drängte sich die Menge heran. Sie wurde von dem die Wache befehlighenden Offizier aufgefordert, zurückzugehen. Der Offizier wurde im nächsten Augenblick von einer Menschenwelle umringt und, da er sehr klein war, innerhalb der Menge nicht mehr erkannt. So wurde bei der Wache der Eindruck erweckt, daß er von der Menge zu Boden geschlagen worden sei. Als auf abermaligen Befehl die Menge nicht auseinanderging, wurden Soldaten aus Maschinengewehren abgegeben, was die obengemeldeten Opfer forderte.

#### Eine Beschwerde des französischen kommandierenden Generals.

(W.B.) Frankfurt a. M., 8. April. Der Stadtkommandant der französischen Militärverwaltung hat gestern an den Polizeipräsidenten folgende Mitteilung gerichtet: Der kommandierende General beauftragt mich, Ihnen bekannt zu geben, daß er äußerst unzufrieden ist über die Art und Weise, in der die deutsche Polizei von Frankfurt im Laufe des 7. April ihren Dienst versehen hat. Sie hat in äußerst ungenügender Weise Menschenansammlungen entgegengewirkt. Ich bitte Sie, für die Folge so genaue Befehle herauszugeben, daß der Herr kommandierende General beziehungsweise ich nicht genötigt sind, selbst jeden Augenblick eingreifen zu müssen. Ich muß Ihnen ein sehr bedauerndes Ereignis mitteilen, das sich heute vormittag in der Umgebung der Hauptpost ereignet hat. Ein fahrender Jäger ist umgeworfen und verletzt worden. Karabiner und Fahrrad wurden ihm entwendet. Der kommandierende General der Besatzungsstru-

pen ist entschlossen, Eingriffe dieser Art nicht mehr zu dulden und sie als besonders schwere Beleidigung für die Würde der französischen Truppen anzusehen. Ich befehle Ihnen, unverzüglich nachzuforschen, falls Sie es nicht getan haben, wer die Urheber dieses Angriffes gewesen sind und Maßnahmen zu treffen, daß sowohl das Fahrrad als auch der Karabiner so schnell wie möglich herbeigeschafft werden. Sie haben morgen vor 12 Uhr das Resultat Ihrer Mitteilungen mitzuteilen, sowie die von Ihnen getroffenen Maßnahmen.

#### Ein weiterer Zwischenfall.

(W.B.) Berlin, 8. April. Zur Feststellung der vorderen französischen Posten wurden gestern von der zuständigen militärischen Stelle drei Offizierspatrouillen entsandt. Der mittleren Patrouille wurde in Oberwöhlstadt von einem Zivilisten gesagt, in Niederwöhlstadt (an der Bahnlinie Friedberg-Frankfurt) befände sich eine französische Patrouille. Der Patrouillenführer Leutnant Graf Kalnein erklärte hierauf, er wolle zur Klärung der Lage wenn irgend möglich mit dem französischen Offizier selber sprechen. Als die Patrouille durch die Unterführung kurz vor Niederwöhlstadt ritt, wurde sie von einem französischen Posten angerufen, worauf der Patrouillenführer Leutn. Graf Kalnein sofort antwortete. Während dieser Antwort sprangen mehrere französische Posten vom Bahndamm auf die Straße herab, so daß das Pferd des Leutnants Grafen Kalnein scheute und kehrt machte. Ohne weiteres gab nun die französische Patrouille ungefähr 12 bis 15 Schuß ab. Die Patrouille des Leutnants Graf Kalnein machte sofort kehrt und ritt in Richtung Oberwöhlstadt zurück. Hierbei wurde der Patrouillenführer Graf Kalnein durch zwei Schüsse in den Unterleib und in den Rücken schwer verletzt. Er ist seinen Verletzungen erlegen.

#### Die Auflösung der Einwohnerwehren.

(W.B.) Berlin, 8. April. Das preussische Staatsministerium hat heute beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlass der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen worden.

(W.B.) Berlin, 8. April. Wegen der von Frankreich geforderten Auflösung der Einwohnerwehren hat der Reichsminister des Innern den deutschen Landesregierungen eine Mitteilung zukommen lassen, in der die Ausschließlichkeit aller Gegenvorstellungen betont wird und die Regierungen ersucht werden, die Ausführung des Verlangens alsbald in die Wege zu leiten. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung der Städte heute mehr denn je einen Selbstschutz nötig hat. Es wird deshalb angeeignet, dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, gleichzeitig für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweltige Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Ansehens vermieden wird, der auf Verlegung der in dem Schreiben des Generals Nollet angeführten Bestimmungen des Friedensvertrags schließen lassen könnte. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärgefahren, die nach dem Friedensvertrag abzuliefern sind, unzulässig und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung Bedacht zu nehmen. Jede militärische Uebung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf eine erweiterte Zuziehung aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, wo dies bisher nicht geschehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein.

#### Verminderung der Besatzung in Darmstadt?

(W.B.) Paris, 9. April. „Intransigeant“ meldet, Darmstadt sei so ruhig, daß man davon spreche, von den 6 Bataillonen, die die Besetzung durchführen, fünf zurückzuziehen.

#### Grußpflicht in dem besetzten Gebiet.

(W.B.) Frankfurt a. M., 8. April. Der französische Befehlshaber des Bezirkes Homburg hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, Polizei, Feuerweh und Postverwaltung angehören, zum Grusse der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind.

#### Belgien will auch einmarschieren.

(W.B.) Brüssel, 9. April. Der Ministerrat trat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Königs zusammen und prüfte die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage. Er beschloß, der französischen Regierung die Bereitwilligkeit zur Kenntnis zu bringen, sich durch die Entsendung einer Truppenabteilung in das Ruhrrevier den von Frankreich getroffenen Maßnahmen anzuschließen. Diese Maßnahmen sollen nach vollständiger Räumung der neutralen Zone aufgehoben werden.

#### Einberufung der Nationalversammlung.

(W.B.) Berlin, 8. April. Infolge der durch die Besetzung von Frankfurt a. Main usw. eingetretenen Verhältnisse ist die Natio-

nachdem am Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

### Französische Lügen.

(W.B.) Berlin, 9. April. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Der französische Funkpruch Lyon „An Alle“ vom 6. April, 9 Uhr abends, enthält Entstellungen und bewusste Lügen. Der Gewaltakt der französischen Regierung gegen deutsches Gebiet sollte gegenüber dem eigenen Volke und der gesamten Welt den Schein eines Rechts enthalten. Es ist un wahr, daß 150 000 Mann deutsche Truppen im Ruhrgebiet operierten. Am 5. April, also am Vorabend des französischen Einmarsches, operierten im Ruhrgebiet 43 800 Mann, davon 15 000 innerhalb der durch den Friedensvertrag festgesetzten neutralen Zone. Es ist un wahr, daß den deutschen Truppen schlecht bewaffnete Spartakisten in einer Anzahl von kaum 10 000 Mann gegenüber standen. Bei den Aufständischen im Ruhrgebiet handelte es sich um militärisch organisierte, mit Artillerie, Maschinengewehren und modernen Kampfmitteln ausgerüstete Kampftruppen, deren Gesamtstärke auf mindestens 30 000 Mann zu schätzen war. In den Besitz der Waffen waren sie gekommen durch den auf Grund des Waffenstillstands erzwungenen und überführten Rückzug des deutschen Heeres, welcher auch durch jenes Gebiet führte. Die Waffen waren seitdem verstreut gehalten worden. Es ist un wahr, wenn der Lyoner Funkpruch behauptet, daß die Aufständischen beim ersten Angriff davonlaufen würden, vielmehr haben hartnäckige und blutige Kämpfe stattgefunden. Die bisherigen Verluste der Reichswehr, etwa 200 Tote und mehrere hundert Verwundete, sprechen eine andere Sprache. Bewusste Unwahrheit und Verleumdung der deutschen Wehrmacht ist die Angabe des Lyoner Funkpruchs, daß jeder Gefangene erschossen werde und daß die Regierung weiter in der Verwendung ihrer Kampfmittel grausam und rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgegangen sei. Die Absicht, die französischerseits mit solchen Verleumdungen verfolgt wird, liegt klar zu Tage. Die Hilferufe der gequälten und schwer bedrückten Bevölkerung an Regierung und Reichswehr, ferner ihr Dank an die Truppen nach erfolgtem Einmarsch geben die besten Beweise von der völligen Haltlosigkeit der französischen Beschuldigungen.

### Zur äußeren Lage.

#### Zwangsunterricht in französischer Sprache.

Die „Saarbrücker Ztg.“ berichtet, daß die Franzosen im Kreise Saarlands in mehreren Ortschaften in den Volksschulen obligatorischen Unterricht in französischer Sprache eingeführt haben. Die Verbände der Frauvereine, der Arbeiterschaft und andere Kartelle fordern in Eingaben an die Regierungskommission die sofortige Beseitigung dieses Unterrichts.

#### Beendigung des Kriegszustandes mit Portugal.

(W.B.) Paris, 8. April. Nach einer Havasmeldung aus Lissabon erklärt ein Dekret den Kriegszustand zwischen Deutschland und Portugal für beendet.

#### Sozialistenkongress in Italien.

(W.B.) Neapel, 8. April. (Stefani.) Heute wurde hier der Kongress der italienischen sozialistischen Partei eröffnet.

#### Von polnischer Freiheit.

D.E.K. „150 Jahre haben die Deutschen zu germanisieren versucht und es ist ihnen nicht gelungen. Wir Polen werden nur 5 Jahre polonisieren und wir werden glänzende Erfolge haben.“ Das ist ein bekannter Ausspruch eines polnischen Führers. Und in der Tat, rücksichtslos geht der Pole gegen den Deutschen vor. Das nachstehende Geschehnis erhellt mit genügender Deutlichkeit die Art und Weise, mit der die Polen bei diesen Bestrebungen vorgehen: Zwei junge Mädchen aus Lissa in Posen haben am dritten Tage nach der Befreiung in Posen aus Breslau ein Telegramm erhalten: „Mutter schwer krank, kommt sofort herüber.“ Sie fahren umgehend nach Posen, um sich einen Paß zu besorgen. Auf ihre höfliche deutsche Anfrage antwortete der betreffende Beamte in polnisch. Die Damen wiederholten ihren Wunsch zum zweiten Male in deutscher Sprache. Wieder vom Beamten eine polnische Antwort. Fast verzweifelt und mit Tränen erstickter Stimme bringen sie zum dritten Male ihre Bitte hervor: „Der Herr möchte sich doch ihrer erbarmen, da die Mutter schwer krank sei.“ Da fährt der Beamte sie in fließendem Deutsch an: „In Polen wird polnisch gesprochen.“ „Aber verstehen Sie, mein Herr, wir sind doch erst seit drei Tagen polnisch, wir können doch nicht so schnell polnisch lernen.“ „Das ist egal, dann hätten Sie sich früher darum kümmern müssen. Sehen Sie zu, wo Sie Ihr Recht bekommen.“

### Deutschland.

#### Die Lage im Ruhrgebiet.

\* Berlin, 9. April. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Duisburg: Durch die im Ruhrgebiet gebildeten Standgerichte wurden bisher 10 Rotgardisten, die sich an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen nach dem Ablauf der in Münster beschlossenen Amnestie beteiligt hatten, zum Tode verurteilt. Es wurden jedoch nur zwei Todesurteile vollstreckt, da ein Telegramm der Regierung eintraf, die Todesurteile nicht zu vollstrecken. — Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge verläutet, daß heute auch in Düsseldorf Reichswehrtruppen einrücken.

(W.B.) Berlin, 9. April. In Berlin hat am Donnerstag Nachmittag eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler und Vertretern der Bevölkerung des Ruhrgebietes, insbesondere der Arbeiterschaft, stattgefunden. Es ist vorgesehen, daß am Freitag die Vertreter des Industriegebietes auch mit den Vertretern der Gewerkschaften und von beiden sozialdemokr. Parteien eine Aussprache haben werden.

\* Berlin, 9. April. Laut „Voss. Ztg.“ sind im Ruhrgebiet bereits Ententeabgesandte eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu überwachen. Wie das Blatt hört, haben die Bürgermeister der größeren Städte des Ruhrgebietes mit Essen an der Spitze beschlossen, eine Abordnung nach Paris zu schicken, um dort die trostlose Lage zu schildern, die eintreten würde, wenn das Ruhrgebiet geräumt würde, ehe eine ausreichende Sicherheitswehr organisiert sei.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Kommunalverband Calw.

Bekanntmachung betr.: Fleischverwertung.  
Auf den vom 5. bis 11. April gültigen Fleischartenabschnitt sowie für die darauffolgende Woche, soweit der Vorrat des einen oder andern Metzgers ausreicht, wird anstatt frisches Fleisches Ochsen-Gefrierfleisch von den Metzgern des Bezirks abgegeben. Auf einen Wochenabschnitt entfallen 150 Gramm zu 3,20 M das Pfund.  
Kommunalverband:  
Calw, den 8. April 1920. Oberamtmann G. S.

#### Schweinemarkt in Calw am Mittwoch den 14. April 1920.

Zur Verhütung der Seucheneinschleppung wird angeordnet, daß auf den Markt nur Tiere aus den Orten links der Nagold (Waldgemeinden) gebracht werden dürfen.

Für sämtliche Tiere ist ein amtliches Ursprungszeugnis vorzuzeigen.  
Oberamt:  
Calw, den 8. April 1920. Bögel, Amtmann.

#### Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in Döffingen (Ost. Böblingen) ausgebrochen. In den 10-Kilometer-Umkreis fallen vom hiesigen Bezirk die Ortschaften Althengstett, Dachtel, Dedensfronn, Gedingen, Müttlingen, Neuhengstett, Ostelsheim, Simmozheim und Stammheim.  
Oberamt:  
Calw, den 8. April 1920. Bögel, Amtmann.

#### Das Ziel der bolschewistischen Bewegung.

In unserem gestrigen Leitartikel haben wir ausgeführt, daß das versteckte Ziel der Bewegung im Ruhrgebiet nichts anderes ist als ein — Rätedeutschland. Dies findet eine Bestätigung in einer Rundgebung des Kommunisten Adolf Meinerberg, der einer der Unterhändler bei den Viesefelder Verhandlungen war. In der Dortmunder „Roten Fahne“ gesteht er: „Ich will die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteystems. Ich stehe also nicht auf dem Boden der Verfassung. In meiner Erklärung vom 18. März 1920, daß ich nicht an die Proklamation einer Räterepublik Dortmund denke, halte ich auch heute noch fest. Nach meiner Auffassung hat nur eine Räterepublik für ein einheitliches Deutschland oder ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dauernden Bestand.“ Aus diesen Äußerungen geht jedenfalls hervor, daß die Ausarbeitung der Räterepublik nur verschoben worden war bis zu dem Augenblick, wo größere Teile Deutschlands in den Händen der Kommunisten sein sollten. — Uebereinstimmend mit dieser Rundgebung läuft die Erklärung des Berliner Spartakistenführers Richard Müller: „Wir wollen keine Nationalversammlung, wir wollen die Räterepublik.“

#### Der Generalstreik.

\* Berlin, 9. April. In einer Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins erklärte Dämmig, die Situation sei für einen Generalstreik noch nicht reif. Es könne sich höchstens um das Zustandekommen eines Teilstreiks handeln, der unter allen Umständen vermieden werden müsse.

#### Erzbergers Memoiren.

\* Berlin, 9. April. Wie aus Stuttgart verlautet, hat Erzberger, der sich in Jordansbad bei Biberach befindet, seine Erinnerungen aus dem Jahr 1914 bis 1920 niedergeschrieben, die demnächst veröffentlicht werden. Erzberger wird von der Zentrumsparlei des württembergischen Oberlandes als Reichstagskandidat aufgestellt werden.

#### Die Ärzte und die Versicherungspflicht.

\* Berlin, 9. April. Eine vom Groß-Berliner Ärztebund einberufene allgemeine Ärztesversammlung nahm gestern eine Entschließung an, die gegen die Heraushebung der Versicherungspflicht bei den Krankenkassen auf 20 000 Mark allerhöchsten Einspruch erhebt und es als unverantwortlich bezeichnet, daß die Ärzteschaft aus politischen Gründen dem Bureaukratismus der Krankenkassen ausgeliefert wird.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. April 1920

#### Dienstnachrichten.

Durch Entschließung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, sind zu Betriebssekretären ernannt worden die Eisenbahnassistenten Schreiber in Bad Liebenzell und Schöll in Calw. — Verlegt wurde auf Ansuchen der Eisenbahnsekretär Palmer in Plochingen nach Calw.

#### Aus dem Bezirksrat.

Bei der Bezirksratsitzung am 31. März war folgendes Gegenstand der Beratung: Die Gemeinde Breitenberg, welche keinen Gemeindefiskus umlegt, hatte durch Verkauf von Brennholz sehr erhebliche Einnahmen und beabsichtigt, unter die nützlichberechtigten ortsanwesenden Bürger außerordentlichweise Holz zu verteilen. Dies wird vom Bezirksrat genehmigt. — Der neue Farrenhaltungsvertrag von Rötensbach wird geprüft und nicht beanstandet. — Eine Reihe Farrenhalter des Bezirks ist beim Oberamt vorstellig geworden, weil die mit ihnen vereinbarten Entschädigungen den veränderten Preis- und Geldverhältnissen nicht mehr entsprechen. Das Oberamt hat die in Frage kommenden Gemeinden aufgefordert, zu den Gesuchen der Farrenhalter Stellung zu nehmen. Heute liegen dem Bezirksrat Beschlüsse der Gemeinden Alzenberg, Breitenberg, Liebenzell, Müttlingen, Neuhengstett, Simmozheim, Stammheim, Unterreichenbach, Demnächst und Zwerenberg vor, in welchen dem Begehren der Farrenhalter Rechnung getragen wurde. Sämtliche Beschlüsse werden genehmigt. — Metzger Adolf Krämer in Stammheim übernimmt die dingliche Gastwirtschaft zum „Bären“ dort, Margarethe Stahl in Speichardt die Gastwirtschaft zum „Lamm“ dort, Landwirt Dürr von Weltenbach die Gastwirtschaft zum „Acker“ dort, Landwirt Hennesfarth in Breitenberg die dingliche Gastwirtschaft zur „Krone“ dort. Der Bezirksrat erteilt hiezu die gewerbepolizeiliche Erlaubnis. — Die Oberamtsparlase beantragt, die Klassenstunden bei dieser Behörde neu zu regeln. Die Anträge der Oberamtsparlase werden vom Bezirksrat zum Be-

schluß erhoben. — Wie erstedie... in Alshalden wird dem Zimmermann Adam Blaid in Oberweilen übertragen. — Die Verwaltung der eogl. Diakonissenanstalt in Stuttgart sieht sich genötigt, die Entschädigung für die Ueberlassung von Diakonissen im Bezirkskrankenhaus zu erhöhen. Der Bezirksrat beschließt dem Antrag entsprechend. — Die Kommunalverbände des Landes beabsichtigen, einen Interessensverband abzuschließen, um sich gemeinsam gegenüber den Zumutungen, denen sie fortgesetzt von oben und unten ausgesetzt sind, zu wehren. Der Kommunalverband Calw begrüßt die Gründung dieses Verbands und tritt ihm bei. — Das würt. Münzamt bringt zur Sprache, daß das Fehlen von Ein- und Zweipfennigstücken im Geldverkehr unangenehm empfunden werde und ist bereit, Ersatzmünzen für die Bezirke bezw. für die Gemeinden auf Ansuchen herzustellen. Es fragt an, ob solche auch für den Bezirk Calw gewünscht werden. Bei den Verhandlungen mit den hiesigen Banken, der Oberamtsparlase und der Stadtparlase kommt zum Ausdruck, daß ein Mangel an derartigem Kleingeld tatsächlich bestehe und daß die Kassen genötigt sind, sich durch Auf- oder Abrundung der Beträge zu behelfen. Auch kommt zur Sprache, daß private Personen im Bezirke sich durch Herstellung von Bronzetauschmünzen und von einer Gemeinde war zu hören, daß als Kleinmünzen Schuhnägel verwendet werden. Im Bezirksrat entspinnt sich über die Frage, ob ein Bedürfnis zur Beschaffung von Kleingeld bestehe, eine längere Debatte, die damit endet, daß mit 5 gegen 3 Stimmen das Bedürfnis verneint wird, Ersatzgeld für Kleinmünzen zu beschaffen. Das Anerbieten des Münzamts wird hienach abgelehnt. — Der Vorsitzende gibt einen Erlaß des Ernährungsministeriums bekannt, nach welchem die Tätigkeit der Bauernräte mit Wirkung vom 1. April 1920 beendet ist. Die Zuziehung eines Vertreters des Bezirksbauernrats zu den Sitzungen des Bezirksrats findet damit ihren Abschluß. Bezüglich des Arbeiterrats steht eine höhere Entscheidung noch aus.

#### Vom Rathaus.

\* In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß G. S. gab der Vorsitzende den nunmehr zum Abschluß gelangten Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband württemb. Gemeinden und dem Gemeindearbeiterverband bekannt. Der diesbezügliche Reichstarifvertrag ist noch nicht zum Abschluß gekommen, er soll erst ab 1. Juli in Kraft treten. Der Reichstarifvertrag regelt die allgemeinen Arbeitsverhältnisse für sämtliche Gemeindearbeiter des Reichs, insbesondere die Frage des Ruhelohns, der Fortbezahlung des Lohns für Feiertage, die in die Woche fallen, der Differenzzahlung bei Krankheit, des Urlaubes, der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Hinsichtlich der Zahlung des Ruhelohns soll auf die kleineren Gemeinden Rücksicht genommen werden, wahrscheinlich durch Gründung eines Zweigverbandes. Bis zum Inkrafttreten des Reichstarifvertrags gelten für diese Fragen die örtlichen Bestimmungen. Der zwischen dem Arbeitgeberverband der württemb. Gemeinden und dem Gemeindearbeiterverband vom 1. April ab gültige Vertrag regelt nur die Lohnverhältnisse. Der Lohn besteht aus dem eigentlichen Lohn, den Teuerungszulagen und der Kinderzulage. Auf letztere wollten namentlich die Arbeiter in den größeren Städten nicht verzichten; so dann wurde bezüglich dieser Frage auch die Auffassung zur Geltung gebracht, daß die Verhältnisse der Arbeiter in den Stadtverwaltungen anders gelagert seien als in Privatbetrieben. Der Taglohn ist vorläufig in vier Ortsklassen abgestuft. Die Stadt Calw wurde in die 4. Klasse eingereiht. Für Calw bestehen vier Lohnklassen. In die 1. Lohnklasse fallen alle gelernten, in ihrem Beruf tätigen Handwerker, auch ungelernete Maschinisten und Heizer nach 3jähriger städtischer Dienstzeit. Die 2. Lohnklasse umfaßt alle angelernten Handwerker, die keine Lehrzeit haben, und sonstige Qualitätsarbeiter, sowie Maschinisten und Heizer mit weniger als dreijähriger städtischer Dienstzeit. In der 3. Lohnklasse sind alle sonstigen ungelerneten Arbeiter untergebracht, in der 4. Lohnklasse die nicht vollbeschäftigten Arbeiter. In der 1. Lohnklasse wird ein Taglohn von 22 M bezahlt, in der 2. Klasse 20 M, in der 3. Klasse 18 M. Die Teuerungszulage für Arbeiter über 21 Jahren beträgt täglich 5 M, für Arbeiter zwischen 18 und 21 Jahren 2 M. Die Kinderzulage beträgt 25 M pro Monat. Die gewissen Arbeitergruppen zustehenden Entfernungszulagen werden außerdem weitergewährt. Der Vertrag ist auf 1 Jahr abgeschlossen. Die Teuerungszulagen können auf jeden Quartalschluß gekündigt werden mit monatlicher Kündigungsfrist. Der Vorschlag des Vorsitzenden, die Muckbergarbeiter auch als ständige städtische Arbeiter zu betrachten, wurde angenommen; im übrigen wurden die neuen Lohnverhältnisse nach dem jetzt geltenden Tarifvertrag zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig lag der Vorschlag der Anpassung der Löhne der Koststandsarbeiter an die neuen Verhältnisse vor. Die Löhne der Koststandsarbeiter sollen denen der städtischen Arbeiter der 3. Lohnklasse angepaßt werden. Kinderzulagen werden hier nicht gewährt; dagegen soll zu dem Lohn ein Zuschlag von 10 % pro Stunde gegeben werden, neben der sämtlichen städtischen Arbeitern gewährten Teuerungszulage. Die im Walde arbeitenden Koststandsarbeiter sollen auch eine Entfernungszulage erhalten. Die Löhne der Koststandsarbeiter unter 21 Jahren werden abgestuft, und zwar so, daß sich bei jedem fehlenden halben Jahr der Lohn um 7 Prozent bis zum Höchststadium von 63 Prozent ermäßigt. Koststandsarbeiter über 21 Jahre erhalten also einen Stundenlohn von insgesamt 2,97 M; den Altersverhältnissen entsprechend ermäßigen sich die Stundenlöhne dann auf 2,77 M, 2,56 M, 2,35 M, 2,14 M, 1,93 M, 1,73 M, 1,52 M, 1,31 M, 1,10 M. Letzteren Stundenlohn erhält ein Arbeiter mit 16½ Jahren. Nach dem Betriebsrätegesetz werden die verschiedenen Gruppen der städt. Beamten, Unterbeamten und Arbeiter Betriebsräte wählen, mit deren Obmänner dann über etwaige Neuregelungen ver-

Handelt  
genom  
L. B. G.  
notwend  
geld für  
gedbna  
L. 3. St.  
Herstell  
entspred  
unterrid  
auf die  
Es wir  
L. M. de  
richtig  
werden  
gegeben  
haben  
sie bis  
dreiten  
bet, daß  
fasse de  
verhält  
allgeme  
waktung  
Ma g  
werde,  
Nagold  
helfen.  
Richtun  
soviel r  
von an  
Bohnu  
kommis  
lich au  
ganzen  
Finanz  
auf en  
— Wo  
Tätigle  
Bezahl  
Geb  
des G  
Fehwig  
— 3. 2.  
Feuerm  
Johes A  
Sohn  
Ehe  
Schrein  
tochter.  
und Lu  
Friedri  
und W  
4. 8. W  
W. St  
Friedst  
Stein  
Michae  
— 2. A  
geht an  
ter, Se  
len Ja  
Rür  
schen P  
wegen  
zent, P  
Am  
Vollsbü  
zu M  
nachte  
Mont  
Dienst  
Ausga  
Da  
Woche  
Die  
5000  
4jährig.  
Gar  
find zu  
K  
Nichts  
haben in

Handel wird. Sämtliche Vorschläge wurden unverändert angenommen. — Der Kleingeldmangel, namentlich an 2- und 1-Lsg.-Stücken macht die weitere Ausgabe von städtischem Geld notwendig, nachdem der Bezirksrat die Ausgabe von Kleingeld für den Bezirk abgelehnt hat, was angesichts der Kleingeldknappheit im Bezirk bedauert wurde. Es sollen 50 000 2-3-Stücke bei der Württemb. Münze bestellt werden; der Herstellungspreis beträgt 2,1 M. — Einem früheren Beschlusse entsprechend wird im Sommerhalbjahr der Handfertigkeitsunterricht wieder eingeführt. Der Unterricht wird von dem auf diesem Gebiete erfahrenen Hauptlehrer Seeber erteilt. Es wird zwecks Erhaltung des Interesses ein Schulgeld von 2 M verlangt. Voraussetzung für die Durchführung des Unterrichts ist allerdings, daß das nötige Holzmaterial beschafft werden kann, das zum Selbstkostenpreise von der Stadt abgegeben würde. — Die städtischen Beamten und Unterbeamten haben eine Eingabe an den Gemeinderat gerichtet, in der sie bis zum Inkrafttreten der Reichsbefehlsordnung einen dritten Vorstoß verlangen. Die Eingabe wird damit begründet, daß die städtischen Arbeiter teilweise mindestens das 1½fache der Beamtengehälter beziehen, und daß die Teuerungsverhältnisse diesen Vorstoß nötig machen. Die Eingabe, die allgemein als gerechtfertigt anerkannt wurde, wird der Verwaltungsabteilung zur Weiterbehandlung übergeben. — W. M. machte darauf aufmerksam, daß vielfach darüber geklagt werde, daß die Stadt nicht wie Wildbad, Neuenbürg und Nagold Häuser gebaut habe, um der Wohnungsnot abzuwehren. Wenn man sich auch der Schwierigkeiten nach dieser Richtung wohl bewußt sei, so sollte man wenigstens versuchen, soviel wie möglich Einbauten herzustellen. Es wurde auch von anderer Seite darauf hingewiesen, daß hier noch manche Wohnungen frei gemacht werden könnten. Die Wohnungskommission soll in dieser Richtung energisch vorgehen, namentlich auch hinsichtlich der Einbaumöglichkeiten. Im großen ganzen aber wurde die Auffassung vertreten, daß die städtischen Finanzen derartige riesige Ausgaben, die nicht einmal Aussicht auf entsprechende Verzinsung hätten, nicht ertragen könnten. — Vom 1. April ab hat der Württ. Landesbauernrat seine Tätigkeit eingestellt; die Gemeinden sind also nicht mehr zur Bezahlung von Entlohnungen verpflichtet.

**Standesamtliche Nachrichten.**  
**Geburten:** 1. 19. März: Walter Christian Johannes, Sohn des Christian Mann, Eisenbahnschaffner. — 2. 20. März: Hedwig Pauline, Tochter des Karl Georg Volk, Bahnhofsdiener. — 3. 20. März: Pauline, Tochter des Ernst Gustav Schnierle, Feuermann. — 4. 1. April: Rudolf August, Sohn des Franz Josef August Kaiser, Professor. — 5. 30. März: Jakob Friedrich, Sohn des Martin Red, Bauer.  
**Eheschließungen:** 1. 20. März: Karl Gottlob Rentzler, Schreiner, und Frida Klara Ludwig, Eisenbahnunterbeamten-tochter. — 2. 27. März: Paul Georg Hörnle, Maschinenführer, und Luise Pauline Holzinger, Maurerstochter. — 3. 27. März: Friedrich Wilhelm Schneider, Baubeamter, Zugführerstochter, und Martha Margarete Selma Ewald, Wegmeisterstochter. — 4. 8. April: Adolf Ernst Berner, Kaufmann, Zugmeisterstochter, und Berta Luise Friederike Schaufelberger, Schuhmachermeisterstochter.  
**Sterbefälle:** 1. Katharine Lutz, 26 Jahre alt, Tochter des Michael Gottlieb Lutz, Fabrikarbeiter, hier, gest. am 27. März. — 2. Wilhelm Reuß, Goldschmied, 17¼ Jahr alt, von Zainen, gest. am 30. März im Bezirkskrankenhaus. — 3. Georg Lamparter, Seminarist, 15 Jahre alt, Sohn des Eisenbahnunterbeamten Jakob Andreas Lamparter, gest. am 5. April.

**Lehrernachwuchs.**  
 Kürzlich fanden die Aufnahmeprüfungen in die evangelischen Lehrerseminare statt. Von den 176 Prüflingen konnten wegen des Bewerberüberschusses nur 75 Schüler, das sind 42 Prozent, Aufnahme finden.

**Schwäbische Volksbühne.**  
 Am 19., 20. und 21. April wird hier in Calw die Schwäbische Volksbühne ein Gastspiel veranstalten. Am 1. Abend wird Bes-

ungs „Minna von Barnhelm“, am zweiten „Die verfunkenne Glocke“ von Gerhart Hauptmann und am dritten zwei Lustspiele von Meißner: „Der zerbrochene Krug“ und „Der Nachtwächter“ gegeben.

**Vom Landtag.**  
 Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes betr. einen 15. Nachtrag zum Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1919 zugegangen, in dem weitere Mittel zur Gewährung von Uebersteuerungszuschüssen für Notstandsarbeiten, für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge und der Kriegswohlfahrtspflege angefordert werden.

**Vorarbeiten für die bevorstehenden Reichstagswahlen.**  
 Durch einen Erlaß des Ministeriums des Innern werden die Oberämter und Gemeindebehörden beauftragt, alle Vorkehrungen für die Aufstellung der Wählerlisten zu treffen. Die Auslegung der Wählerlisten soll zwischen dem 9. und 16. Mai erfolgen.

**Einschränkung von Branntweinbezug.**  
 Die Reichsmonopolverwaltung gibt bekannt, daß die sich immer mehr verschärfende Branntweinknappheit sie zwingt, namentlich auch die bisherige Abgabe von vollständig vergälltem Branntwein (Brennspiritus) für gewerbliche Zwecke einzuschränken. Vom 1. Mai ab sind sämtliche Lieferungen an Brennspiritus, die monatlich mehr als 50 Liter betragen, ausnahmslos und ganz gleich, von welcher Stelle, zu welchem Zeitpunkt und für welchen Zeitraum die Freigabe erfolgt ist, vorläufig um ein Fünftel der bisher gelieferten Mengen zu kürzen. Die gleiche Einschränkung erstreckt sich auch auf die Abgaben von Holzgeistbranntwein und von Branntwein zu unvollständiger Vergällung.

**Teuerig, aber wahr!**  
 Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:  
 Nach 27jähriger treuer Dienstzeit war der Postschaffner S. in V. Oberpostschaffner geworden. 3 Jahre war er Aushelfer, 2 Jahre Hilfspostunterbeamter und dann 22 Jahre planmäßiger Postunterbeamter, bis er glücklich als erster von seinem Amte nach all' den vielen Jahren harter Arbeit und lagem Lohn, im Dienste ergraut, diese Stellung erreichte. Leider aber wurde die Freude über diese Beförderung durch eine harte Tatsache unsäglich getrübt. — Sein 26jähriger lediger Sohn, welcher seit einiger Zeit als Postausshelfer tätig ist, brachte heute seinen Lohn nach Hause und rief, er war im Monat 53 Mark höher als derjenige des Vaters, ja er erhielt sogar noch mehr als der Gehalt, Wohnungsgeld samt Kinderzulage des Vaters zusammen betrug. Wie ist das möglich? So fragten alle in der Familie. Der Vater aber schwieg beschämt. — Ja, wie ist so etwas im Staatsdienst möglich? Der Sohn gilt eben als Arbeiter, weil er ein Taggeld bezieht und der Vater gilt als Beamter, weil er einen Monatsgehalt bezieht. Er arbeitet zwar mehr und verantwortungreicher, da er die selbständige Verwaltung verschiedener Bedarfsartikel befragt und eine Kasse führt, aber den Ehrentitel „Arbeiter“ darf er sich nicht zulegen und wird auch nicht als solcher bezahlt. Er ist jetzt „Beamter“ mit seiner verantwortungsvolleren Arbeit. Früher war er zwar auch Aushelfer und 5 Jahre gegen Taggeld angestellt, aber was nützt ihn das heute? Ueber das geht die neue Zeit undankbar und ungerecht hinweg.  
 Wohin soll es führen, wenn jetzt ein Postausshelfer vom ersten Tage an 200 M monatlich mehr erhält als ein gepulveter Beamter im gleichen Lebensalter, ja sogar ebensoviel als ein Beamter mit über 20 Jahren Dienstzeit, welcher eine Kasse mit einem jährlichen Umsatz von über 60 Millionen Mark zu verwalten hat? Welcher Mißbrauch wird heutzutage mit dem Wort „Arbeiter“ getrieben? Sind nicht unsere planmäßigen Unterbeamten und Beamten, welche meist mehr und verantwortungsvoller arbeiten, auch „Arbeiter“ im wahren Sinne des Wortes? Verdienen sie und alle anderen Berufsleute (Handel- und Gewerbetreibende, Privatangestellte, Landwirte usw.)

ihre Leben nicht auch durch Arbeit? Bezahle dann diese angerechte Bevorzugung? Wer will solche Verhältnisse, welche jetzt Landbau, Landbau zur Regel geworden sind, noch mit Vernunft verantworten? Hat nicht unser ganzes Volk ein Interesse daran, daß die Arbeitsfreude unserer Beamten nicht in solch unerbittlicher Weise untergraben wird? S.

(S. B.) Alzenberg, 8. April. Hier haben drei Pforzheimmer Arbeiter um einige Tausend Mark Treibriemen gestohlen; bei der Verhaftung wurde jedoch der größte Teil wieder beigebracht.

(S. B.) Bietigheim, 7. April. Wie an vielen anderen größeren Plätzen, so haben sich auch hier sämtliche Staats-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamte und Lehrer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Neben der Wahrung lokaler Interessen will die Arbeitsgemeinschaft auf die großen Verbände (Staatsbeamtenverband, Gemeindebeamtenverband usw.) beschränkend einwirken und nur in engerer Fühlungnahme mit diesen zum Wohl sämtlicher Beamten und im Interesse des Volksganzen handeln.

(S. B.) Schweningen, 7. April. Der Aktionsausschuß der Schwenninger Arbeiterschaft, in dem alle drei sozialistischen Parteien vertreten sind, hat folgende Entscheidung angenommen: „Der Aktionsausschuß hält nach wie vor an seinen Beschlüssen vom 13. März fest und fordert die schleuesten Elemente aus dieser und Auflösung des Zeitfreiwilligenkorps. Ferner fordert er eine friebliche Verständigung mit den Arbeitern im Ruhrgebiet, um weiteren schlimmen Folgen für die Gesamtarbeiterschaft vorzubeugen. Der Aktionsausschuß erwartet aber auch von den Arbeitern des Ruhrgebiets, daß sie die Zwecklosigkeit eines Weiterkämpfens mit den Waffen einsehen und den Kampf sofort abbrechen. Die Schwenninger Arbeiterschaft wird zur erhöhten Kampfbereitschaft aufgefordert, um im Falle einer neuen Gefahr von rechts sofort mit dem Generalstreik antworten zu können.“

(S. B.) Crailsheim, 8. April. Dieser Tage fuhr hier ein französischer Sonderzug durch, der 800 Polen aus der Gegend von Warschau nach Frankreich zum Wiederaufbau brachte. Die Leute machten einen höchst heruntergekommenen Eindruck und klagten über die Zustände in Polen sehr, wo neben großer Arbeitslosigkeit eine furchtbare Teuerung herrsche. Ein Pfund Zucker koste 150 Mark, ein Pfund Fleisch etwa 300 Mark und ein Pfund Schwarzbrot 5 Mark. In Frankreich erhalten die Leute 18 Frs. Taglohn.

**Kirchliche Nachrichten.**  
**Evangelische Gottesdienste.**  
 Sonntag (Quasimodo.) den 11. April: Vom Turm: 117, Predigtlied: 418, „Bei dir, Jesu...“. Gesangquartett: „Mein schönste Zier“ (Nr. 70). 9 Uhr vorm.: Predigt, Stadtpf. Schmid. Konfirmation, 3 Uhr: Unterredung mit den Neukonfirmierten, Delan Jeller. — Donnerstag, 15. April, 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Delan Jeller. — Samstag, 17. April, 7¼ Uhr abends: Vorbereitung u. Beichte im Vereinshaus, Stadtpf. Schmid.  
**Katholischer Gottesdienst.**  
 Sonntag den 11. April: 8 Uhr: Frühmesse. 9 Uhr: Amt mit feierlicher Kinderkommunion. 2 Uhr: Andacht. — Montag: 8 Uhr: Gottesdienst in Liebenzell. — Reichsgemeinschaft: Samstag ab 4 Uhr nachmittags und Sonntag früh ab 7 Uhr.  
**Gottesdienste in der Methodistenkapelle.**  
 Sonntag: Morgens 9 Uhr: Predigt und Konfirmation. 11 Uhr: Sonntagschule. Abends 8 Uhr: Predigt. — Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.  
 Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. B. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
 Am Montag, 12. und Dienstag, 13. März wird an die hiesige Bevölkerung unter dem Rathaus Speiseöl zu Mk. 24.— das Kilogramm abgegeben und zwar in nachstehender Reihenfolge:  
 Montag vorm. von 8—12 Uhr an Buchstabe A—G nachm. „ 2—5 „ „ „ H—M  
 Dienstag vorm. „ 8—12 „ „ „ N—Sch nachm. „ 2—5 „ „ „ T—Z  
 Ausgabe in beliebiger Menge.  
 Das früher schon eingelegte Olivenöl wird in einigen Wochen zu gleichem Preis ausgegeben.

**Stammheim.**  
 Die Gemeinde verkauft  
**5000 verschulte Fichten-Pflanzen,**  
 4jährig. Gemeinderat.

**Schöne Saatwicken**  
 sind zu haben bei  
 Gottlieb Klezle,  
 Althengstett.

**„Nissin“**  
 gegen  
**Kopfläuse**  
 Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke.

**Hanfssamen**  
 empfiehlt in bester keimfähiger Ware  
 Otto Jung,  
 Landesprodukte.

**Klavier**  
 zu mieten gesucht.  
 Gefl. Angebote unt. N. 81 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Montag, 12. April nachm. ½ 4 Uhr  
**P. K. m. Fr.**  
 Vortrag im Adler.

**Wir empfehlen:**  
 Essiggurken,  
 Preiselbeeren,  
 Puddingpulver  
 mit Trockenmilch und Zucker (Zubereitung ist nur Wasser nötig),  
 Auslandszwiebeln,  
 Auslandskäse  
**Pfannkuch & Co.**  
 Calw.

**Postkarten-Automat**  
 hat zu verkaufen.  
 Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Einen 4- oder 6-teligen  
**Hasenstall**  
 sauber gearbeitet  
 sucht zu kaufen  
 Albert Knoll.

Für 1. Mai fleißiges  
**Mädchen**  
 für Küchenarbeit gesucht.  
 Neue Handelsschule.

**Mädchengesuch.**  
 Suche ein zuverlässiges, 15—16jähriges

**Mädchen,**  
 das Liebe zu Kindern hat und etwas vom Kochen versteht. Gelegenheit d. Kleidernähen zu erlernen.  
 Frau Scholz,  
 Leberstr. 158.

Ein jüngeres, zuverlässiges  
**Mädchen**  
 aus gutem Hause (in klein. Familie) gesucht.  
 Frau Karl Weg, Sägewerk, Unterreichenbach.

**Küchenmädchen**  
 gesucht  
 für sofort oder 1. Mai, bei hohem Lohn und guter Behandlung, welchem Gelegenheit geboten ist, das Kochen zu erlernen. Näheres bei Frau Wegner Schnauser, Badstraße.

**Gesucht**  
 für sofort ordentliche, zuverlässige  
**Person**  
 zur selbständigen Führung eines Haushalts.  
 Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein jüngerer  
**Mann**  
 möglichst gelernter  
**Buchbinder**  
 findet dauernde Beschäftigung.  
 Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Suche für sofort einen  
**Jungen**  
 16—18 Jahre alt, zum Herabfüllen.  
 Oskar Schlanderer,  
 Bierniederlage, Calw.

Ein tüchtiger  
**Knecht**  
 für Landwirtschaft, kann sofort eintreten bei Eugen Stog, Hirsau.

Auf ein Kontor wird sofort  
**jüng. Herr oder Fräulein**  
 gesucht zur Buchführung, Kurzschrift und Maschinenschreiben. Bedingung: Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum erwünscht. Schriftl. Angeb. mit Zeugnissen u. Gehaltsforderung unter N. 22 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten

**Gasthof**  
 od. Wirtschaft, mit o. ohne Meßgeret, od. nur Meßgeret allein, von Anfängern zu kaufen gesucht. Preis n. Anzahlung Nebenlage. Offerten unter N. D. 882 an Rudolf Mosse, Altm. erbeten. Baldige Uebernahme erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Einige Zentner  
**Heu**  
 sucht zu kaufen.  
 Hirschwirt Rentzler,  
 Röttenbach, Telefonamt.

Eine gebrauchte  
**Gitarre**  
 (wenn auch etwas reparaturbedürftig) sucht zu kaufen.  
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen kräftigen  
**Jungen**  
 nimmt in die Lehre  
 Joh. Hartmann,  
 Schmiedmeister.

Ein guter  
**Hofhund**  
 (womöglich Rotweiler) wird sofort zu kaufen gesucht.  
 Albert Wöhlleber, zum Lamm, Liebenzell.

Helles, geruchfreies  
**Wasserglas**  
 Ritter-Drogerie  
 Calw.

**Gemeinde Hirsau.**  
**Stammholz-Verkauf.**

Im Submissionsweg werden verkauft:  
**Los 1 Distr. IV Abt. 1 Finsterbrünne**  
 Langholz: 8,80 Fm. II., 17,52 Fm. III., 7,93 Fm. IV.,  
 0,89 Fm. V. Klasse.  
 Sägholz: 2,56 Fm. I. Klasse.  
**Los 2 Distr. IV Abt. 2 Sadwald**  
 Langholz: 5,06 Fm. II., 10,40 Fm. III., 2,05 Fm. IV. Kl.  
 Sägholz: 3,38 Fm. II., 0,63 Fm. III. Klasse.  
**Los 3 Distr. IV Abt. 3 Rößelschmiede**  
 Langholz: 5,26 Fm. I., 39,12 Fm. II., 49,38 Fm. III.,  
 5,84 Fm. IV., 2,45 Fm. V. Klasse.  
 Sägholz: 4,93 Fm. II., 0,92 Fm. III. Klasse.  
**Los 4 Distr. III Abt. 1 Ruffenwald**  
 Langholz: 6,49 Fm. II., 8,58 Fm. III., 1,83 Fm. IV. Kl.  
 Sägholz: 1,99 Fm. II., 0,69 Fm. III. Klasse.  
**Los 5 Distr. I Abt. 1 u. 4 Ottenbronnerberg**  
 Langholz: 2,27 Fm. II., 2,91 Fm. III., 1,39 Fm. IV.,  
 0,28 Fm. V. Klasse.  
 Entfernung von der Bahn 10-30 Minuten.  
 Offerten wollen nach der staatlichen Taxe, in ganzen  
 Prozenten ausgedrückt, bis spätestens Dienstag, den  
 20. April, nachmittags 4 Uhr, beim Schultheißenamt  
 eingereicht werden.  
 Genehmigung vorbehalten.  
 Den 8. April 1920.  
 Gemeinderat.

**Gemeinde Simmozheim.**  
**Nadelstamm-Verkauf**  
am 19. April 1920,  
aus den Gemeindefeldungen Eulert.

418 Tannen und Fichten mit 473,06 Fm.,  
 39 Forchen mit 46,10 Fm.  
 Langholz: I. II. III. IV. V. VI.  
 a) Tannen und Fichten Fm. 115,37, 95,07, 65,81, 24,88, 8,01, 0,22.  
 b) Forchen Fm. 3,86, 16,46, 11,95, 3,69, 1,48. —  
 Sägholz: I. II. III.  
 a) Tannen und Fichten Fm. 66,01, 81,98, 15,76.  
 b) Forchen Fm. — 7,22, 1,44.  
 Zahlung auf 1. Oktober 1920 bar, von da ab verzinslich  
 mit 5 Prozent. Im übrigen gelten die staatlichen Holz-  
 verkaufsbedingungen.  
 Losverzeichnisse können von Waldmeister Marquardt  
 bezogen werden. Schriftliche Angebote in Prozenten des  
 Forstpreises pro 1920 wollen bis einschließlich 19. April,  
 mittags 2 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden.  
 Bemerkung wird, daß das Holz von bester Beschaffenheit ist.  
 Den 6. April 1920.  
 Gemeinderat: Vors. Braun.

Calw, den 9. April 1920.  
**Dankagung.**  
  
 Wir bitten Alle, die uns beim Heimgang  
 unseres Lieben  
**Georg**  
 ihre so wohlthuende Liebe und Teilnahme haben  
 erfahren lassen, auf diesem Wege herzlich danken  
 zu dürfen.  
 Zugführer Lamparter und Frau.

**Ueberschuldung, Schwindelanfälle,**  
 Herzbeschwerden, Angst- u. Schwächezu-  
 stände. Berl. Sie kostenfr. ausführl. Broschüre.  
 Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,  
 Potsdamer Str. 104a.

**Landwirte, Kleintierzüchter,  
 Geflügelzüchter!**  
 Wer gesunde, tüchtige Tiere haben will, nehme  
 zur Aufzucht die knochenbildende, nährsalzhaltige  
**„Phosphatine“**  
 Alleinige Niederlage: „Neue Apotheke“.

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw**

Wir halten uns zur sauberen Herstellung aller  
**Druckarbeiten**  
 bestens empfohlen. Unser reichhaltiges Schrif-  
 ten- und Siermaterial, unsere vorzügliche  
 maschinelle Einrichtung setzen uns in den  
 Stand, alle in Industrie-, Handels- und Ge-  
 werbetrieben benötigten Drucksachen rasch  
 und preiswert herzustellen. — Der neuzeit-  
 lichen Geschmacksrichtung Rechnung tragend,  
 ist unser Bestreben darauf gerichtet,  
 alle Aufträge in vornehmer,  
 gediegener Ausstattung  
 zur Ausführung  
 zu bringen  
 \*

**Starke  
 Salatfezlinge,**  
 sowie alle Sorten  
**Gemüsefezlinge**  
 in kräftiger Ware empfiehlt  
 Gg. Mayer, Handels-  
 gärtner, Suintgarterstraße.  
 Ferner empfehle mein  
 reichhaltiges Sortiment in  
**Zier- und  
 Gartenpflanzen**  
 in großer Auswahl  
 d. D.

Habe im Auftrag 3 schöne  
**Anzug-  
 Stoffe**  
 (Braun, grau und marinko)  
 preiswert zu verkaufen  
 Otto Gengenbach,  
 Bahnhofstr. Scharfes Eck.

Prima  
**Bodenwische**  
 weiß u. gelb in Dosen,  
**Bodenöl,**  
**Stahlspäne,**  
**Metallputzmittel,**  
**Schmirgelpulver**  
 und -papier  
 Ritter-Drogerie  
 Calw.

Ein guterhaltenes  
**Fahrrad**  
 mit neuer Gummiereifung  
 hat zu verkaufen. Näheres  
 Postagentur  
 Simmozheim.

Ein Wagen  
**Heu**  
 und ein Wagen  
**Stroh**  
 abzugeben.  
 Wo, sagt die Geschäfts-  
 stelle d. Bl.

Sofort lieferbar ab meinem hiesigen Lager  
 zu verkaufen:  
**2 neue Wätereppen m. Schleifen,**  
**1 neue Zid-Zad-Egge,**  
**2 neue Karrenpflüge** mit Selbst-  
 führung ohne Spindeln,  
**1 neue Milchschleuder.**  
**Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt,  
 Salmühle.**

**Starke  
 Schwarzwaren**  
 aller Sorten  
 sind fortwährend zu haben bei  
 F. Stech, Handelsgärtner.

**Cichorie,**  
 sowie prima  
**Kaffeemehl**  
 ist eingetroffen  
 Fr. Volz, Handlung,  
 Oberreichenbach.

**Hauen und Rärste**  
 empfiehlt  
**Emil Retter, Weilderstadt.**



**Wildberg.  
 Nadelstamm-Verkauf.**

Aus den Stadtwaldungen Langhalde, Schwarzenbach  
 und Klosterwald kommen im schriftlichen Aufstreich zum  
 Verkauf:  
**Fichten:**  
 Kl. II 8 Fm., Kl. III 45 Fm., Kl. IV 42 Fm., Kl. V 34 Fm.  
**Forchen:**  
 Kl. II 17 Fm., Kl. III 16 Fm., Kl. IV 8 Fm.  
**Sägholz:**  
 Fichten: Kl. II 6 Fm., Kl. III 2 Fm.  
 Forchen: Kl. II 5 Fm.,  
 zusammen 179 Fm.  
 Bedingungslose Angebote, ausgedrückt in ganzen und  
 zehntels Prozenten der Forstpreise von 1920 des Forstver-  
 bands Calw, wollen verschlossen bis Mittwoch, den 14.  
 April 1920, vormittags 8 Uhr, hier eingereicht werden.  
 Schultheißenamt: Mutschler.

**Wirte und Wiederverkäufer!**  
 Durch günstigen Abbruch eines größeren Postens Zigarren  
 bin ich in der Lage  
**jedes Quantum Zigarren**  
 in der Preislage von Mk. 70.—  
 bis Mk. 125.— per Hundert abzugeben.  
 Für Wirte und Wiederverkäufer gewähre ich  
**besonders hohen Rabatt.**  
 Ferner bringe ich mein reichhaltiges Lager in  
**Zigaretten, Rauch-, Rau-,  
 Zigaretten- und Schnupf-Tabak**  
 in empfehlende Erinnerung.  
**Robert Ott, Calw, Gasse,  
 Tabakwarengroßhandlung.**

**Unterlengenhardt-Würzbach.**  
**Statt jeder besonderen Einladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Be-  
 kannte zu unserer am Dienstag, den 18. April  
 1920 stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
 in das Gasthaus „Adler“ in Unterlengenhardt  
 freundlichst einzuladen.  
**Frih Rugele,**  
 Sohn d. † Michael Rugele, Bauer, Unterlengenhardt.  
**Marie Luz,**  
 Tochter des Michael Luz, Bauer in Würzbach.  
 Kirchgang 12 Uhr in Liebenzell.

Dem  
 fällige Be-  
 spräche  
 der frucht-  
 barmkeit,  
 oder wenn  
 Vermunft-  
 schroffen  
 gosen, so  
 wirtschaft-  
 liches kann  
 gleicherm-  
 Ruhehohe  
 Lage, die  
 der Beu-  
 ließen es  
 ergreifen,  
 Deutschlan-  
 die Eitelk-  
 kurzfristig  
 bolschewi-  
 bolschewi-  
 nach sich  
 das eine  
 mit seiner  
 vielleicht  
 und unklar  
 ein Leitlin-  
 daß der k-  
 gerührt je-  
 den Wieder-  
 wenn man  
 Frankreich  
 den wolle  
 weggründ-  
 vor einem  
 heit und  
 geschafften  
 Beschäftig-  
 Stoff für  
 Die  
 gefühl hin-  
 in der  
 wird dar-  
 beziehung  
 Beziehung  
 eine sehr  
 zierungen  
 und mit  
 gangen de  
 Befehung  
 eingeholt  
 andern G-  
 ber vollen-  
 tigt word-  
 ber sich d-  
 deutlich u-  
 I en wi-  
 und En-  
 dem es f-  
 der vor se-  
 mage wie  
 schäftsver-  
 bloßgestell-  
 Glattes g-  
 Diplomati-  
 muß unse-  
 gegen die  
 mit Klug-